

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2017

Der Ausschussvorsitzende fragt nach Ergänzungs- und Änderungswünschen und nach schriftlich vorliegenden Ergänzungs- und Änderungswünschen. Da diesbezüglich nichts vorliegt bestätigt Herr Rengert das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2017.

Zu TOP 4 Grundsatzbeschluss zur Gestaltung der Außenanlagen am Oberstufenzentrum Oder-Spree, Standort: "G. W. Leibniz" Eisenhüttenstadt BE: Dezernat II/Amt 10 - SG Gebäudemanagement Vorlage: 033/2017

Herr Rengert ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt Frau Huschenbett das Wort. Die Grundsatzbeschlüsse für Schulen liegen in der Verantwortung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport. Deshalb entschuldigt Frau Huschenbett zunächst die Abwesenheit von Frau Kunth (Amtsleiterin Bildung, Kultur und Sport). Am Standort Eisenhüttenstadt des Oberstufenzentrums Oder-Spree wird derzeit an der Fertigstellung des Ergänzungs-/ Erweiterungsbaues einschließlich Cafeteria gearbeitet. Entsprechend dem Bauablauf ist mit hoher Sicherheit davon auszugehen, dass der Anbau einschließlich der Cafeteria und den Klassenräumen zum kommenden Schuljahresbeginn genutzt werden kann. Zur Komplettierung der Maßnahmen auf der Schulliegenschaft gehört auch die Gestaltung der Außenanlagen. Dies ist das Ziel der Baumaßnahme, die mit dem vorliegenden Grundsatzbeschluss beschlossen werden soll. Frau Huschenbett übergibt das Wort an Herrn Kramer (Ingenieurbüro Hoch- und Tiefbau eG), der mit Hilfe einer Bildschirmpräsentation die weiteren Erläuterungen ausführt. Er informiert zunächst über den Stand der Bauarbeiten am Schulteil des Oberstufenzentrums Oder-Spree, Standort Eisenhüttenstadt. Der Neubau des Traktes mit den drei Klassenräumen, Nebenräumen, Cafeteria, etc. befindet sich in der Endphase, sodass das Objekt zum neuen Schuljahr übergeben werden kann. Noch offen ist die Gestaltung der Außenanlagen. Aufgrund der neugebauten Baukörper und der zum Abriss stehenden Gebäudeteile ist eine Neugliederung dieser erforderlich.

[17:07 Uhr: Herr Bothe trifft ein.]

Es wird einen neuen Innenhof geben, durch den auch neue Wegebeziehungen entstehen. Es sollen verbesserte Aufenthaltsqualitäten für Schüler und Lehrer im Gesamtareal des Oberstufenzentrums geschaffen werden. Die Zufahrts- und Anlieferungswege werden sich verändern. Nach der Inbetriebnahme des neuen Gebäudeteiles kann ein bestehender Flachbau außer Betrieb genommen und abgerissen werden. Mit Hilfe einer Gesamtübersicht werden die Maßnahmen an dem Standort erläutert. Dazu benennt Herr Kramer die Erweiterung der Sportanlagen, die Neugliederung der Parkflächen und dass der Zufahrtsbereich für die Versorgung der Küche neu orientiert wird. Eine nächste Übersicht zeigt die bereits abgebrochenen Gebäudeteile und das für einen Abbruch, nach Inbetriebnahme des neuen Gebäudes, vorgesehene Lehrkabinett. Herr Kramer berichtet von einem Schülerwettbewerb, in dessen Rahmen Erwartungen und Wünsche der Schüler zur Gestaltung des Standortes aufgenommen wurden. Es wird ein Kleinsportfeld für verschiedene Sportarten entstehen, das mit einem Ballfangzaun umschlossen sein wird. Ein weiterer komplett neu zu gestaltender Bereich ist der Zugang zu der neuen Cafeteria und den weiteren Gebäudeteilen der Schule vom Bereich des Parkplatzes aus. Aufgrund der künftig vorhandenen Küche für die Speiserversorgung muss eine entsprechende Anlieferungszone errichtet werden. Die Gestaltung des hinteren Hofbereiches erfolgt mit Wegebeziehungen, Großgrün, Bänken und Sitzelementen. In diesem Bauabschnitt wird auch die Fluchttreppe für das Hauptgebäude entstehen. Des Weiteren werden Feuerwehraufstellflächen geschaffen. Herr Kramer erläutert die vorgesehenen Änderungen hinsichtlich der Zufahrten die auf das Gelände führen. Die Hauptzufahrt wird künftig in dem Kreuzungsbereich erfolgen. Eine Abstimmung mit

der Straßenverkehrsbehörde hat dazu bereits stattgefunden. Das Parken wird in dem Bereich neu geordnet. Die Kostenschätzung der Maßnahmen wird mit Hilfe einer tabellarischen Übersicht kurz erläutert. Abschließend zeigt Herr Kramer Fotos von dem Gelände, die u.a. den Neubau mit der Cafeteria und den Klassenräumen zeigen.

Herr Rengert dankt für die Ausführungen und fragt, ob es dazu Fragen gibt. Da dies nicht der Fall ist, bittet er um die Abstimmung darüber, die Beschlussvorlage 033/2017 zur Beschlussfassung an den Kreistag weiterzuleiten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Breitbandversorgung und der Breitbandinfrastruktur zwischen dem Landkreis Oder-Spree und den teilnehmenden kreisangehörigen Kommunen BE: Dezernat III/Amt 61 - SG KIF
Vorlage: 034/2017**

Der Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt Herrn Thoma das Wort für die Erläuterung der Beschlussvorlage. Herr Thoma erinnert zunächst an bisherige Ausschusssitzungen, in denen die Thematik Breitband bereits behandelt wurde. Aktuell soll die Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf eine solide Grundlage gestellt werden. Dafür wurde die Beschlussvorlage mit entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen erarbeitet. Die Entwürfe der Vereinbarungen wurden den Gemeinden vorgelegt. Die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Gemeinden sind der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Eine Ausnahme bildet das Amt Brieskow-Finkenheerd. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird hier mit dem Amt geschlossen, da die amtsangehörigen Gemeinden die betreffende Aufgabe an das Amt übertragen haben. Jede öffentlich-rechtliche Vereinbarung enthält eine Anlage, in der die jeweilige Wirtschaftlichkeitslücke, der Fördermittelbetrag und der Eigenanteil der Gemeinde aufgeführt sind. Zum Stand des Verfahrens informiert Herr Thoma darüber, dass die Beantragung der Fördermittel erfolgt ist. Der Fördermittelgeber hat über Nachforderungen informiert, die bis zum 29.05.2017 nachgereicht werden müssen. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist weiterhin damit zu rechnen, dass im Sommer der Zuwendungsbescheid erteilt wird.

Herr Rengert dankt für die Ausführungen und fragt, ob Fragen dazu bestehen. Da zunächst keine Fragen gestellt werden, bittet Herr Rengert um eine Erläuterung bezüglich des durch die Kommunen zu tragenden Eigenanteiles und der Freistellung von dieser Beteiligung für Kommunen die der Haushaltssicherung unterstellt sind. Seiner Kenntnis nach hat Storkow (Mark) ein Haushaltssicherungskonzept. In der Anlage zu der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für die Stadt ist dennoch ein Betrag von ca. 9.000 EURO ausgewiesen, der durch diese zu tragen ist. Herr Thoma erklärt, dass ca. 100.000 EURO für Baubegleitungsleistungen anfallen werden. Diese sind nicht förderfähig und werden auf die Kommunen aufgeteilt. Hinsichtlich der Aussicht, dass das Land Brandenburg den Anteil von 10 % für Kommunen die der Haushaltssicherung unterstellt sind übernehmen wird, liegen keine neuen Informationen vor. Deshalb wird davon ausgegangen, dass diese Beteiligung durch das Land erfolgen wird.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, leitet Herr Rengert zur Abstimmung über. Er fragt noch, ob alle Abgeordneten die Beschlussvorlage in dem vorliegenden Umfang erhalten. Herr Buhrke teilt mit, dass dies bereits erfolgt sei. Es handelt sich um eine zusammenfassende Beschlussvorlage der als Anlage sämtliche öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen beigefügt sind. Damit wird dem gesetzlich festgelegten Erfordernis Rechnung getragen, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen durch den Kreistag beschließen zu lassen. Als Alternative wäre auch die Erstellung einzelner Beschlussvorlagen für jede Kommune infrage gekommen.

Anschließend bittet Herr Rengert um die Abstimmung darüber, die vorliegende Beschlussvorlage an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende informiert zunächst über ausstehende Themen, zu denen der Ausschuss noch beraten soll. Das ursprünglich für die laufende 15. Ausschusssitzung angedachte Thema Förderung der Denkmalpflege soll in der Septembersitzung behandelt werden. Die Thematik Wölfe/Wolfsbeauftragter wird in Abstimmung mit Frau Trippens (Umweltamt) in der Ausschusssitzung im November behandelt.

Anschließend fragt Herr Rengert, ob es weitere Fragen zum TOP Sonstiges gibt.

Frau Wagner berichtet von einem Bauvorhaben in Fürstenwalde/Spree, das aufgrund der Auffassung des Umweltamtes zum Thema Alleenschutz nicht fortgesetzt werden kann. Sie bittet diesbezüglich um Prüfung bzw. Beantwortung. Für den grundhaften Ausbau der Lindenstraße in Fürstenwalde/Spree ist die Fällung von Bäumen vorgesehen. Ein nicht unerheblicher Teil der Bäume ist bereits gefällt. Die Wegnahme einiger alter Linden werde jedoch von der Naturschutzbehörde, mit Verweis auf den Erhalt der Allee, abgelehnt. Die Straße solle stattdessen so geplant werden, dass die Bäume erhalten werden können. Die Stadt favorisiert jedoch eine Lösung, bei der die Straße ganz ausgebaut wird und neue Linden gepflanzt werden, um eine neue Allee wachsen zu lassen.

Frau Wagner wirbt dafür, dass die betreffenden Bäume durch die Naturschutzbehörde besichtigt werden und eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Ihrer Einschätzung nach ist nicht zu erwarten, dass die Bäume noch eine hohe verbleibende Lebensdauer haben. Deshalb sei auch eine Straßenplanung, die Kompromisse zu Gunsten des alten Baumbestandes enthält, wie z.B. einen engeren Straßenquerschnitt oder unvorteilhafte Radverkehrsführung, keine anzustrebende Lösung. Es gehe zudem darum, in der Straße wieder ein ganzheitliches Grün zu schaffen. Für die bislang gefällten Bäume konnten keine neuen nachgepflanzt werden, da für diese aufgrund der bestehenden alten Bäume zu wenig Licht zur Verfügung steht. Frau Wagner wiederholt deshalb, dass sie um ein Einlenken der Naturschutzbehörde wirbt.

Herr Rengert fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt Sonstiges.

Mit Bezug auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) der Stadt Fürstenwalde/Spree, welches derzeit fortgeschrieben wird, berichtet Herr Engert, dass die Kapazitäten des P+R Parkplatzes am Bahnhof nicht ausreichen und dass für weitere Erweiterungen eigentlich keine Flächen vorhanden sind. Eine Lösung wäre die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere des Busverkehrs, da z.B. für Berlinpendler der Bustariff bereits in der Fahrkarte enthalten ist. Das Busverkehrsangebot wird jedoch relativ wenig in Anspruch genommen, da Taktzeiten nicht funktionieren würden und die Verbindungen von anderen Parkplätzen im Stadtgebiet, wie z.B. dem Spreeparkplatz, zum Bahnhof unzureichend seien. Diesbezüglich sollte eine Verbesserung geschaffen werden. Herr Engert schlägt vor, in der kommenden Ausschusssitzung auf dieses Thema einzugehen. Auch mit Blick auf den Fahrplanwechsel im Dezember wäre von Interesse, wie solche Prozesse gestaltet werden können.

Herr Rengert nimmt den Vorschlag auf, weist jedoch auch darauf hin, dass für die Septembersitzung bereits ein ziemlich volles Programm besteht.

Herr Buhrke informiert kurz zum Stand der Fortschreibung des INSEK und geht auf verschiedene Fragen zu Verwaltungsliegenschaften ein, die sich im Bahnhofsumfeld befinden. Diesbezüglich erfolgt derzeit eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt. Des Weiteren weist Herr Buhrke darauf hin, dass die Verbindung von Parkplätzen mit einem Busverkehr nicht Aufgabe des ÖPNV bzw. des Landkreises ist. Eine solche alleinige Lösung werde man nicht umsetzen können, da sie von allen Gemeinden im Landkreis finanziert werden würde. Gegebenenfalls ließe sich dafür eine Sonderlösung finden.

Frau Wagner berichtet von einem Bürgerdialog, der am 16.05.2017 veranstaltet wurde und in dem auch über Ersatzparkflächen gesprochen wurde. Dort wurden z.B. das alte Lacufa-Gelände und Flächen des Güterbahnhofes benannt. Vom Fachbereichsleiter Stadtentwicklung, der auch Vorsitzender des Fahrgastverbandes Berlin-Brandenburg ist, wurde in dem Bürgerdialog auch darauf hingewiesen, dass sich die Anschlusszeiten der Busse nach Abschluss der Bauarbeiten an der Strecke zwischen Berlin und Fürstenwalde/Spree verbessern werden.

Herr Buhrke geht daraufhin kurz auf die systemische Planung von Busläufen ein. Derzeit erfolgt die Erstellung des neuen Fahrplanes. Bei der Planung bilden die Bahnlinien und der Schülerverkehr zwei Schwerpunkte. Kommt es, z.B. wegen Baustellen, zu einer Brechung des Eisenbahnverkehrs, bei der Fahrgäste den Zug wechseln müssen, hat dies negative Auswirkungen auf Anschlussbeziehungen. Da Busse so fahren müssen, wie sie eingetaktet sind, können sie in diesen Fällen nicht warten.

Frau Prof. Böhm erinnert an eine Anmerkung von ihr, aus der letzten Ausschusssitzung, wonach der Haushaltsplan keinen Bericht über das Thema Verkehrsproblematik enthält und an ihren Vorschlag, das Thema im Ausschuss zu behandeln. Sie bittet darum, die Verkehrsproblematik in der Septembersitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu setzen. Es sollte ein Bericht darüber erfolgen, wie der Stand der Dinge ist, was zur Optimierung getan werden könne und wie es zu Problemen bei Anschlussbeziehungen komme. Für die Abgeordneten sei dies auch deshalb von Interesse, weil sie zum Teil Post von Bürgern erhalten, die mit dem Nahverkehr unzufrieden sind. Da die Ausschusssitzungen öffentlich sind, könne man auch Bürger einladen, die sich ihre Fragen direkt beantworten lassen könnten.

Herr Rengert nimmt den Vorschlag auf. Er stellt jedoch die Frage, ob der Ausschuss der geeignete Ort für die Behandlung konkreter Bürgeranliegen sei.

Mit Bezug auf den von Frau Prof. Böhm erbetenen Bericht fragt Herr Buhrke nach den inhaltlichen Schwerpunkten. Man könne sich auf den sonstigen ÖPNV konzentrieren und damit auf den Busverkehr für den der Landkreis zuständig sei, oder man beziehe auch die Verflechtungsbeziehungen zum Schienenverkehr mit ein. Frau Prof. Böhm befürwortet die Einbeziehung der Verflechtungsbeziehungen. Mit Blick auf den Umfang der Thematik schlägt Herr Rengert vor, dass in der Septembersitzung zunächst ein Überblick gegeben wird.

Von Frau Wagner wird vorgeschlagen, für das Thema ÖPNV eine öffentliche Sondersitzung des Ausschusses zu planen. Sie teilt die Einschätzung, dass der Ausschuss sich mit der Thematik befassen sollte.

Herr Buhrke regt an, den Termin so zu koordinieren, dass auch die Fahrplanaufstellung mit behandelt werden kann. Dies wäre im Herbst möglich.

Von Herrn Engert wird ein Problem im Naturpark Dahme-Heideseen angesprochen. Zwischen Storkow (Mark), wo sich das Besucherzentrum befindet, und Königs Wusterhausen verkehrt kein Bus. Deshalb seien die Naturparkgemeinden nur unzureichend erreichbar, trotz des Zugverkehrs zwischen den zwei Städten. Herr Rengert informiert darüber, dass es eine Verbindung gegeben hat, die jedoch wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit aufgegeben wurde. Herr Hilpmann merkt an, dass neben der Bahnverbindung eine Buslinie verkehrt, die im Wesentlichen die gleichen Stationen bedient wie der Zug, jedoch mit mehr Haltepunkten. Sie verkehrt allerdings nicht über Prieros. Eine Zeit lang gab es eine Verbindung nach Prieros, die jedoch nur sehr wenig nachgefragt wurde.

Anschließend bittet Herr Rengert um die Abstimmung darüber, ob für das Thema öffentlicher Personennahverkehr eine Sondersitzung einberufen wird, die nach der Septembersitzung stattfinden soll.

einstimmig zugestimmt
(drei Enthaltungen)

Er erteilt der Verwaltung den Auftrag das Thema wie abgestimmt vorzubereiten. Der Ausschussvorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt Sonstiges. Da keine Meldungen erfolgen schließt er die Ausschusssitzung.

Fred Rengert

Vorsitzender des Ausschusses
für Bauen, Umwelt und
Verkehr

stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Bauen, Umwelt
und Verkehr

Lars Strenge Joerg Thoma

Schriftführer/in